

VERTRAULICH

ala

Büro des Beauftragten  
für sicherheitspolitische Sonderfragen  
Stab GGST, EMD  
Dr. Christian Catrina

Bern, den 10. September 1991

Herrn Bundesrat Kaspar Villiger  
Vorsteher des  
Eidgenössischen Militärdepartements

---

**Protokoll des Gespräches mit dem österreichischen Bundesminister für Landesverteidigung, Dr. Werner Fasslabend, Bernerhof, 9. September 1991, 0930-1200**

---

Anwesend:

*Schweiz:*

Bundesrat Kaspar Villiger, Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements  
Korpskommandant Heinz Häsler, Generalstabschef  
Dr. Bernhard Marfurt, persönlicher Mitarbeiter des C EMD  
Divisionär Paul Müller, Unterstabschef Planung  
Divisionär Peter Regli, Unterstabschef Nachrichtendienst und Abwehr  
Divisionär Carlo Vincenz, Unterstabschef Front  
Oberst i Gst Charles Ott, Verteidigungsattaché der Schweiz in Österreich  
Oberst i Gst Michel Fiaux, Chef Militärprotokoll  
Oberstlt Albrecht Ringgenberg, Stellvertreter des Chefs Militärprotokoll  
Dr. Christian Catrina, Stellvertreter des Beauftragten für sicherheitspolitische Sonderfragen (Protokoll)

*Österreich:*

Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Werner Fasslabend  
Botschafter Franz Barak, Botschafter von Österreich in der Schweiz  
Div Raimund Schittenhelf, Chef des Kabinetts  
Oberstlt Wolfgang Hrubesch, Adjutant  
Magister Wolfgang Gerstl, Kommissär  
Oberstlt dG Wolfgang Wosolobe, Assistent des österreichischen Verteidigungsattachés in der Schweiz

---

*Bundesrat Villiger* begrüsst den Gast und drückt seine Freude darüber aus, dass der Besuch zustandgekommen ist, obwohl beide Minister wegen der bewegten Zeiten stark beansprucht sind, was für Österreichs durch seine geographische Lage noch akzentuiert wird. Es ist eine gute Tradition, dass die Minister bzw. Bundesräte von Österreich und der Schweiz sich nach ihrer Amtsübernahme bald gegenseitig besuchen.

*(Bundesrat Villiger stellt die Schweizer Delegation vor.)*

*Minister Fasslabend* dankt für die Einladung. Der Besuch soll eine Fortsetzung der engen schweizerisch-österreichischen Partnerschaft auf militärischem Gebiet sein. Die Ereignisse überstürzen sich. Österreich plant ebenso wie die Schweiz strukturelle Veränderungen seiner Streitkräfte. Es gibt aber dafür zurzeit keine gültigen Vorgaben, was eine Diskussion von Konzepten um so nötiger macht. Der Einsatz des österreichischen Bundesheeres an der österreichisch-jugoslawischen Grenze hat wesentliche Erfahrungen gebracht. Minister Fasslabend begrüsst den Vorschlag, mit einem Vortrag des USC NA zu beginnen; wegen der sich überstürzenden Ereignisse kann man heute nichts mehr diskutieren, ohne vorher den Nachrichtendienst gehört zu haben.

*(Sicherheitspolitische Lagebeurteilung von Div Peter Regli, USC NA)*

*Bundesrat Villiger* erklärt, Aufgabe des Nachrichtendienstes sei es, den "worst case" aufzuzeigen. Wir müssen den "worst case" analysieren, für den "bad case" vorbereitet sein (besonders das Militär) und den "best case" anstreben. Dieser letzte Fall wird gegenüber früher offensiver verfolgt. Das Ausbildungsprogramm für sicherheitspolitische Experten ist ein Beispiel dafür. Die KSZE hat für die Schweiz eine grosse Bedeutung, zumal die Schweiz dort Vollmitglied ist. In der gegenwärtigen Lage ist die KSZE gefordert. Die Demokratien in Mitteleuropa müssen sich stabilisieren. Die Vorgänge in Jugoslawien haben aber Probleme und Limiten der KSZE aufgezeigt. Im Kontext einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur stellt sich für die Schweiz die Frage, ob eine Umstrukturierung der Armee auf Selbständigkeit oder auf ihren potentiellen Einbau in Europa ausgerichtet werden soll. Die Neutralität ist in der Bevölkerung fest verankert und über Jahrhunderte fast zu einem Tabu geworden.

Für *Minister Fasslabend* hat die Jugoslawien-Krise die Wichtigkeit eines guten Nachrichtendienstes aufgezeigt. Es gibt die Vorstellung, dass CNN genüge, um auf dem laufenden zu sein, dass ein kostspieliger Nachrichtendienst unnötig sei. Auch Minister Fasslabend hatte solche Zweifel, hat aber seine Meinung ganz grundsätzlich geändert. Der Nachrichtendienst erwies sich als eines der wichtigsten Instrumente überhaupt. Österreich stand vor der Frage, wann es mit dem Bundesheer die Grenzen zu Jugoslawien schützen sollte. Wenn dieser Einsatz eine Stunde zu früh erfolgt wäre, hätte ganz Europa Österreich vorgeworfen, die Situation anzuheizen. Umgekehrt bestand ein grosser innenpolitischer Druck (Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung) für eine frühe Dislozierung des Bundesheeres. Es war eine Gratwanderung. In dieser Lage war der Nachrichtendienst von zentraler Bedeutung. Die ganze Krise hindurch wurden die wesentlichen Fragen wegen des Nachrichtendienstes besser analysiert.

Vorweg stellt *Minister Fasslabend* auch fest, er stimme nur bedingt der Aussage (im schweizerischen und im österreichischen Bericht zur Sicherheitpolitik) zu, dass die Vorwarnzeiten angestiegen seien. Dies stimme für grosse Konfrontationen. Die Vorwarnzeit für Operationen in der Nachbarschaft, aus dem Stand, sei aber kürzer geworden. Für das Auftreten von Krisen gebe es so gut wie keine Vorwarnzeit. Österreich wäre sehr interessiert an einer künftigen Zusammenarbeit mit der Schweiz bei der Analyse der neuen Gefahren aus der Dritten Welt. In Österreich steht in der Bevölkerung vielleicht mehr als in der Schweiz die klassische militärische Bedrohung im Vordergrund, auch deshalb ist eine Koordination wünschbar.

*Bundesrat Villiger* teilt die Auffassung Minister Fasslabends in bezug auf die Vorwarnzeiten. Die Waffensysteme bewegen sich immer noch gleich schnell, wenn nicht noch schneller. Wenn Nuklearwaffen in falsche Hände geraten sollten, könnte dies in Stunden zu einer ernsthaften Gefahr führen. Die Schweiz strebt einen strategischeren Nachrichtendienst an, welcher der Vernetzung dieses Bereichs Rechnung trägt. Der Golfkrieg zeigte auf, wie aus einem Krieg eine Umweltkrise entstehen kann. Die Schweiz hat eine Gruppe eingesetzt, die das analysieren soll. Die Schweiz wird den österreichischen Wunsch nach Zusammenarbeit in der Analyse prüfen. Es wäre z.B. denkbar, Szenarien auszutauschen.

*Generalstabschef Häsler* ergänzt, die Vorwarnzeit habe sich für terrestrische Operationen erhöht, nicht aber für Luftoperationen. Man muss auch daran denken, dass miliante Ausländergruppen in der Schweiz sich Waffen und Munition aneignen könnten, um ihre Streitigkeiten auszutragen. Wir haben bei einem Teil der Bevölkerung Mühe, die Notwendigkeit der Armee aufzuzeigen. Aber im Falle einer kriegerischen oder nichtkriegerischen Katastrophe fallen die Aufgaben des Schutzes und der Rettung zwingend an die Armee. Generalstabschef Häsler erkundigt sich, ob die Einstellung der österreichischen Bevölkerung zum Bundesheer sich in der Folge des Einsatzes an der österreichisch-jugoslawischen Grenze verändert habe.

## VERTRAULICH

Gespräch mit Bundesminister Dr. Werner Fasslabend, 9. September 1991

Seite 3

Wie *Minister Fasslabend* ausführt, hat sich die Einstellung zum Bundesheer verändert. Grüne Abgeordnete, die vorher das Bundesheer abschaffen wollten, sagen jetzt, es sei in dieser Phase noch notwendig. Dieser Effekt dürfte aber nicht allzu lange anhalten, die der Minister aber ausnützen will. In Österreich standen die Kaderangehörigen des Bundesheeres in ständiger Konfrontation mit der Bevölkerung. Dies hat sich teilweise geändert. Es muss ein Grundvertrauen aufgebaut werden, dass das Bundesheer die Bevölkerung schütze. Die Bevölkerung hat aber die veränderte strategische Lage in Europa und den Wegfall der grossen Ost-West-Auseinandersetzung noch nicht vollständig realisiert.

*Bundesrat Villiger* spricht als neutraler Beobachter dem Bundesheer ein Kompliment für den Einsatz an der österreichisch-jugoslawischen Grenze aus. Die Rolle des Militärs im Zusammenhang mit Asylsuchenden ist in der Schweiz kontrovers. Was kann der Westen in bezug auf Jugoslawien tun?

*Minister Fasslabend* erklärt, das Problembewusstsein sei in Europa nur begrenzt vorhanden. Man sollte eine offener Politik machen, auch im Interesse einer Bewusstseinsbildung. Dabei kann der Nachrichtendienst nützlich sein. Slowenien wird autonom sein, ob als unabhängiger Staat oder als Mitglied einer Föderation. Die jugoslawische Bundesarmee zieht sich aus Slowenien zurück. Die anderen Teile Jugoslawiens sind aber mit Slowenien nicht vergleichbar. Die Politik Belgrads hat blitzschnell von der Erhaltung des Gesamtstaates auf grossserbische Zielsetzungen umgeschlagen. Wenn Menschen soweit sind, dass sie sich gegenseitig verstümmeln, haben politische Lösungen nur einen geringen Wirkungsgrad. Trotzdem muss auf der politischen Ebene alles versucht werden. Das Bedürfnis nach einer Ordnung besteht, es existiert aber keine entsprechende Autorität. Eine Herabminderung des Konflikts ist nur möglich, wenn die Bundesarmee (JVA) das Kampfgebiet verlässt. Um dies zu erreichen, braucht es starken internationalen Druck. Wahrscheinlich ist es nur über die Drohung mit einer direkten (militärischen) Intervention zu erreichen, vielleicht sogar nur durch die direkte Intervention selber. Wirtschaftliche Drohungen werden nicht ausreichen, da für die Serben die territorialen Ambitionen vorrangig sind. Wahrscheinlich wäre vor der Drohung mit einer Intervention die Anerkennung Kroatiens notwendig, weil sie eine völkerrechtliche Grundlage (für eine Intervention) bieten würde. Es wird wahrscheinlich nicht mehr lange dauern, bis es soweit ist. Man kann die Schuld aber nicht einseitig zuweisen. Die Kroaten haben auch Fehler begangen, z.B. hätten sie Autonomie für die serbische Minderheit in Kroatien vorsehen können. Aber jede Minderheit denkt, ihr Fall sei ein ganz besonderer. Die Staatengemeinschaft kann aus der Entwicklung in Jugoslawien lernen.

*Bundesrat Villiger* weist darauf hin, dass politische Lösungen nur dann möglich sind, wenn ein gewisses Niveau der Gewalt nicht überschritten wird. Gerade deshalb ist es wichtig, den Schutz der Minoritäten im Rahmen der KSZE sicherzustellen, ein langjähriges Anliegen der Schweiz. Bundesrat Villiger hat aber den Eindruck, dass in manchen Ländern Westeuropas (offiziell) diesbezüglich ein geringes Problembewusstsein vorherrscht. *Minister Fasslabend* stimmt dieser Einschätzung zu.

(Pause von 10:40 bis 11:00)

(Div Carlo Vincenz, USC Front, und Div Paul Müller, USC Planung, referieren über die Armee 95 )

*Minister Fasslabend* fragt, welche Truppen in der Schweiz aus Kaderpersonal bestehen. *Generalstabschef Häsler* erklärt, dass alle Truppen aus Milizpersonal bestehen, mit Ausnahme von etwas Übermittlungs- und Unterhaltspersonal. *Minister Fasslabend* erkundigt sich, weiter ob der Unterschied zwischen Feld- und Gebirgsdivisionen gleich bleiben werde. *Bundesrat Villiger erklärt*, es habe eine Auseinandersetzung über Grösse und Bedeutung des Gebirgsarmeekorps im Hinblick auf seine Aufgabe gegeben, die Durchgangslinien zu schützen. Bundesrat Villiger war für 3 Korps, hat aber aus politischen Überlegungen für 4 Korps entschieden, nachdem deutlich geworden war, dass in

der französischsprachigen Schweiz eine Allemanisierung des Feldarmeekorps I befürchtet wurde. *Generalstabschef Häsler* ergänzt, dass im Zweifel zugunsten der Akzeptanz entschieden werden müsse. *Bundesrat Villiger* fügt hinzu, im Zweifel sei für die Minderheiten zu entscheiden.

*Minister Fasslabend* fragt, wieso die Panzerdivisionen in Panzerbrigaden aufgeteilt werden sollen. *Generalstabschef Häsler* erklärt, Brigaden seien flexibler. Ausserdem ergebe dies 5 statt 3 Elemente. Die Divisionen seien zwar kampfstärker, aber auch schwerfälliger. *Minister Fasslabend* fragt weiter nach dem Bestand der Schweizer Armee an Landfahrzeugen. *Generalstabschef Häsler* erklärt, die Schweiz habe rund 800 Panzer, 1200 Schützenpanzer und etwa 10'000 Radfahrzeuge. Wenn der Bedarf die Bestände der Armee übersteigen sollte, können zivile Fahrzeuge requiriert werden.

*Bundesrat Villiger* erklärt, bei seinem Amtsantritt sei der Planungshorizont für eine Reform der Armee 2010 gewesen; er habe dann dieses Vorhaben beschleunigt. Der erste Schritt war der Bericht '90 zur Sicherheitspolitik. Als zweiter Schritt wird ein Weissbuch folgen. Es gebe allerdings auch ominöse Zeichen, z.B. in Form einer geplanten Volksinitiative zur Halbierung der Armee (150'000 Mann ohne schwere Waffen). Das Volk wird bestimmen; bis zum Jahr 2000 kann es zu einer weiteren Abstimmung über die Abschaffung der Armee kommen.

*Minister Fasslabend* fragt, wie die Alarmbereitschaft und Reaktionsfähigkeit innerhalb von Stunden im Milizsystem sichergestellt werden könne. *Generalstabschef Häsler* erklärt, es sei immer mindestens ein Infanterieregiment im Dienst (z.T. mehrere überlappend), das als Bereitschaftsregiment bestimmt werde. Ein Bataillon dieses Regiments befindet sich in erhöhtem Bereitschaftsgrad. Die Schweiz setzte z.B. beim Treffen Baker - Tarik Aziz in Genf Truppen ein. Zusätzlich zum Bereitschaftsregiment verfügt die Schweiz über Bereitschaftstruppen in Zürich-Kloten/Dübendorf und Genf-Cointrin sowie über das Überwachungsgeschwader.

*Minister Fasslabend* fragt, wie bei der Mobilmachung die Koordination sichergestellt werden könne. *Generalstabschef Häsler* erklärt, bei der Mobilisation seien grundsätzlich alle Aufgebotenen präsent, vielleicht fehlten bis zu 25 aus einer Kompanie von 150 aus Ferien- und anderen Gründen. Aber grundsätzlich sei die Truppe zum angegebenen Zeitpunkt am richtigen Ort.

*Bundesrat Villiger* erklärt, der Ausbildungsstand werde etwas absinken, wenn die Wiederholungskurse nur noch alle zwei Jahre stattfinden. Der Bundesrat soll aber die Wehrdienstzeit flexibel erhöhen können, z.B. einen WK in einem an sich dienstfreien Jahr anordnen können, um auf Krisen zu reagieren, ohne gleich eine Mobilmachung anordnen zu müssen. Die rüstungstechnische Basis soll einigermaßen auf Niveau gehalten werden, zumal die Belieferung der Schweiz im Kriegsfall für die Lieferländer nicht unbedingt Priorität haben dürfte.

*Botschafter Parak* erklärt, die Schweiz verfüge über beeindruckende Waffensysteme, und fragt, wie man in der Schweiz in bezug auf die geplanten Kampfflugzeugbeschaffung dem Argumente begegne, dass solche Waffensysteme infolge der Veränderungen im Ost-West-Verhältnis gar nicht mehr notwendig seien. *Bundesrat Villiger* dankt für das Kompliment. Die Mirage-III ist jetzt dem Tiger noch überlegen. Der Tiger wird noch einige Zeit einsetzbar sein; es ist ein Mittelklasseflugzeug. Die Hunter werden ausrangiert. Die Motivation der Piloten hängt davon ab, dass sie erwarten, ein modernes Flugzeug zu erhalten. Die anvisierte Zahl von 34 ist bescheiden. Die Schweiz benötigt im Mobil-machungsfall eine zumindest zeitweilige Lufthoheit über der Schweiz. Die Geschichte macht Sprünge, wie wir gerade jetzt bemerken. Man muss auch für das Unerwartete gewappnet sein. Die Diskussion über die alternative Verwendung von Finanzmitteln (Spitäler, Altersrenten gegen Kampfflugzeuge) ist voll da. *Generalstabschef Häsler* fügt hinzu, ein neutraler Staat könne, anders als ein Mitglied einer Militärallianz, nicht auf gewisse Aufgaben verzichten (und sie einem anderen Allianzmitglied zuweisen).

## VERTRAULICH

Gespräch mit Bundesminister Dr. Werner Fasslabend, 9. September 1991

Seite 5

*Bundesrat Villiger* bemerkt, in der Schweiz habe man bei grossen Rüstungsbeschaffungsprojekten schon immer ein Probleme gehabt.

*Minister Fasslabend* fragt, ob die Schweiz schon STINGER habe. *Generalstabschef Häsler* antwortet, dass sie noch nicht ausgeliefert worden seien. *Minister Fasslabend* fragt weiter nach dem Zeitplan für die Beschaffung der F/A-18. *Bundesrat Villiger* erklärt, er hoffe noch im Dezember die Botschaft des Bundesrates dem Parlament übergeben zu können, so dass die beiden Räte in der Frühlings- und in der Sommersession 1992 beraten können. So könnte es möglich sein, die Verträge noch 1992 abzuschliessen. *Generalstabschef Häsler* fügt hinzu, wenn die Schweiz ihre Bestellung noch im (amerikanischen) Fiskaljahr 1993 placieren könne, würden die Auslieferungen 1994 beginnen.

*Bundesrat Villiger* beendet die Sitzung.